

## **Beschlussprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung**

36. Sitzung  
17. Juni 2024

Beginn: 09.05 Uhr  
Schluss: 12.31 Uhr  
Vorsitz: Herr Abg. Florian Dörstelmann (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird durch Frau Senatorin Spranger (InnSport) und Herrn Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport) vertreten. Ferner ist Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) anwesend.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werde.

Der Vorsitzende gestattet im Einvernehmen mit dem Ausschuss den Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 4 der Anordnung der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 17. März 2023 (Hausordnung).

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Besondere Vorkommnisse**

Frau Senatorin Spranger (InnSport) beantwortet gemeinsam mit Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) folgende Fragen:

- „Für wie viele und welche Beschäftigte bei der Berliner Polizei gibt es in welchem Zeitraum im Sommer, insbesondere aufgrund der Zusatzbelastung durch die EM, eine Urlaubssperre und für wen gibt es Ausnahmen?“  
(Bündnis 90/Die Grünen)

- „Welche Auswirkungen in Berlin hat das vom Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport am 12. Juni 2014 verfügte Verbot der Deutschen Muslimischen Gemeinschaft e.V. Braunschweig? Ist insbesondere auch die Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V. Berlin mitbetroffen?“  
(CDU)
- „Mit wie vielen Überstunden bei der Polizei wegen der Fußball-EM rechnet der Senat und wie gedenkt er damit umzugehen?“  
(Die Linke)
- „Im Dauereinsatz – 60 und mehr Wochenstunden bei der Polizei Berlin. Wie sieht die Arbeitsbelastung aus und welche Maßnahmen werden unter Fürsorgegesichtspunkten getroffen?“  
(AfD)
- „Wie bewertet der Senat die Organisation und Durchführung der Europawahl in Berlin?“  
(SPD)

### Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/1359

**Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die  
Sonn- und Feiertage**

[0140](#)

InnSichO(f)  
KultEnDe\*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesem Punkt die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur, Engagement und Demokratieförderung vorliege. Darin empfehle dieser einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – mit Änderungen. Der im Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung von den Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke eingebrachte Änderungsantrag wird auch im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung eingebracht (Anlage).

Frau Senatorin Spranger (InnSport) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung –.

Nach der Aussprache beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Änderungsantrag zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1359 – (Anlage) wird einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen. Die Vorlage wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Dem Plenum wird eine entsprechende Beschlussempfehlung zugeleitet.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke	<a href="#">0132</a>
Drucksache 19/1258	InnSichO
<b>Unabhängigkeit der Parteien sichern – Spenden von Unternehmen verbieten und private Parteispenden begrenzen</b>	BuEuMe(f)

Herr Abg. Schrader (Die Linke) begründet den Antrag für die antragstellende Fraktion.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau Senatorin Spranger (InnSport) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1258 –. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien.

### Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion	<a href="#">0136</a>
Drucksache 19/1309	InnSichO
<b>Rettet die Staatsbürgerschaft – Deutsche Pässe nicht verramschen!</b>	BuEuMe(f)

Herr Abg. Woldeit (AfD) begründet den Antrag für die antragstellende Fraktion.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau Senatorin Spranger (InnSport) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die AfD-Fraktion die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1309 –. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien.

### Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	<a href="#">0148</a>
Drucksache 19/1446	InnSichO
<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Grünanlagengesetzes</b>	UK(f)

Frau Senatorin Spranger (InnSport) und Frau Dr. Dieckmann (Juristische Referentin, Behördliche Datenschutzbeauftragte für die nachgeordneten Einrichtungen, SenMVKU) erläutern die Vorlage – zur Beschlussfassung.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau Dr. Dieckmann (SenMVKU) die Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1446 –. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

- |    |   |   |
|----|---|---|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Auf dem Weg zur Vision Zero – Verkehrssicherheit zur Priorität machen</b><br>(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)                           | <a href="#">0151</a><br>InnSichO              |
| b) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 19/1017<br><b>Verkehrssicherheit erhöhen – Geschwindigkeitskontrollen ausweiten</b>                              | <a href="#">0111</a><br>InnSichO(f)<br>Mobil* |
| c) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen<br>Drucksache 19/1527<br><b>Die Schwächsten schützen – Verkehrssicherheit für alle mit Tempo 30 statt noch mehr Schwerverletzte und Tote mit Tempo 50</b> | <a href="#">0159</a><br>InnSichO<br>Mobil(f)  |
| d) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen<br>Drucksache 19/1027<br><b>Aufklärungsquote bei Fahrraddiebstählen erhöhen – Aktionsprogramm „Diebstahlschutz Fahrrad“ initiieren</b>                    | <a href="#">0116</a><br>InnSichO              |

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu Punkt 6 b) die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Mobilität und Verkehr vorliege. Darin empfehle dieser mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1017 –.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass absehbar sei, dass der Tagesordnungspunkt 6 nicht in der regulären Sitzungszeit zu erledigen sein werde und schlägt vor, die Ausschusssitzung um eine halbe Stunde zu verlängern. Der Ausschuss beschließt daraufhin einvernehmlich die Verlängerung der Sitzungszeit im vorgeschlagenen Umfang.

Frau Abg. Kapek (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Besprechungsbedarf zu den Punkten 6 a) bis 6 d) für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Abg. Schrader

(Die Linke) begründet den Antrag zu Punkt 6 b) für die antragstellenden Fraktionen Die Linke.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport) gemeinsam mit Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) und Herrn Christian Haegele (SenMVKU, Leiter der Abteilung VI Verkehrsmanagement und straßenverkehrsbehördliche Aufgaben) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Die Besprechung zu Punkt 6 a) der Tagesordnung wird abgeschlossen.

Zu Punkt 6 b) der Tagesordnung:

Das in dem Antrag genannte Berichtsdatum wird einvernehmlich auf den „31. Dezember 2024“ aktualisiert.

Daraufhin empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1017 – auch mit geändertem Berichtsdatum. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Zu Punkt 6 c) der Tagesordnung:

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1527 –. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Mobilität und Verkehr.

Zu Punkt 6 d) der Tagesordnung:

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1027 –. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Die nächste (37.) Sitzung findet am 1. Juli 2024 um 9.00 Uhr in Raum 311 statt.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Florian Dörstelmann

Scott Körber

## Anlage

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1359 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. Artikel 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. Folgende neue Nummern 11 und 12 werden angefügt:

11. der 8. Mai 2025 (80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa)

12. der 17. Juni 2028 (75. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953).“

2. Artikel 2 Nummer 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„1. Nummer 11 wird aufgehoben.

2. Nummer 12 wird zu Nummer 11 und in dieser wird ein Punkt angefügt.“

3. Nach Artikel 2 wird folgender Artikel 3 eingefügt:

### Artikel 3

Weitere Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

§ 1 Absatz 1 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage vom 28. Oktober 1954 (GVBl. S. 615), das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

„1. In Nummer 10 wird ein Punkt angefügt.

2. Nummer 11 wird aufgehoben.“

4. Der bisherige Artikel 3 wird Artikel 4 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „des Absatzes 2“ durch die Angabe „der Absätze 2 und 3“ ersetzt.

b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Artikel 3 tritt am 18. Juni 2028 in Kraft.“